Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4012

16. 02. 89

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Beer, Dr. Lippelt (Hannover), Dr. Mechtersheimer, Frau Dr. Vollmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung zu einer möglichen Beteiligung deutscher Firmen an einer C-Waffen-Produktion in Libyen

Das Thema Libyen ist Teil der Bemühungen um ein grundsätzliches Verbot der Produktion und Ausbreitung von chemischen Waffen. Dabei kann die Bundesrepublik Deutschland durch die Beseitigung der auf ihrem Territorium gelagerten amerikanischen C-Waffen einen wichtigen Beitrag leisten.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zur Lagerung chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland unverzüglich zurückzuziehen.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, daß entsprechend der mündlichen Zusicherung des amerikanischen Präsidenten Reagan an Bundeskanzler Kohl im Mai 1986 in Tokio alle in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Waffen bis spätestens 1992 abgezogen sind.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung und der Landesregierung Rheinland-Pfalz einen detaillierten Zeitplan für den Abzug der chemischen Waffen zu erstellen. Hierüber und über den aktuellen Stand der Vorbereitungen des Abzugs legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag bis Ende September 1989 einen Bericht vor.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, daß der Abtransport der chemischen Waffen unter Bedingungen erfolgt, die eine Gefährdung der Bevölkerung an Leib und Leben ausschließt.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß keine neuen chemischen Waffen, auch nicht im Spannungs- und Verteidigungsfall, in die Bundesrepublik Deutschland gebracht werden.
6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, daß alle im NATO-Infrastrukturprogramm oder

in nationalen Bauprogrammen der Vereinigten Staaten vorgesehenen Planungen zur Errichtung von Depots zur Lagerung binärer chemischer Kampfstoffe in der Bundesrepublik Deutschland ersatzlos gestrichen werden.

Bonn, den 16. Februar 1989

Frau Beer
Dr. Mechtersheimer
Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Zusicherung von Präsident Ronald Reagan, wonach alle chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland bis spätestens 1992 abgezogen werden würden, ist bisher von dem neuen amerikanischen Präsidenten George Bush nicht bestätigt worden. Außerdem besteht die Forderung des US-Kongresses, wonach die in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Waffen nur dann abgezogen werden sollen, wenn mindestens in einem europäischen NATO-Land neue Binär-Waffen stationiert werden.

Die Risiken durch die fortgesetzte Lagerung korrodierender C-Waffen sind nicht mehr kalkulierbar und bedrohen Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Darüber hinaus sinkt mit zunehmender Lagerungsdauer die Transportsicherheit.

Mit der Beseitigung der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Waffen würde ein positiver Einfluß auf die Genfer Verhandlungen über ein weltweites Verbot von Produktion, Besitz, Weitergabe und Einsatz dieser Waffen geleistet werden.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333